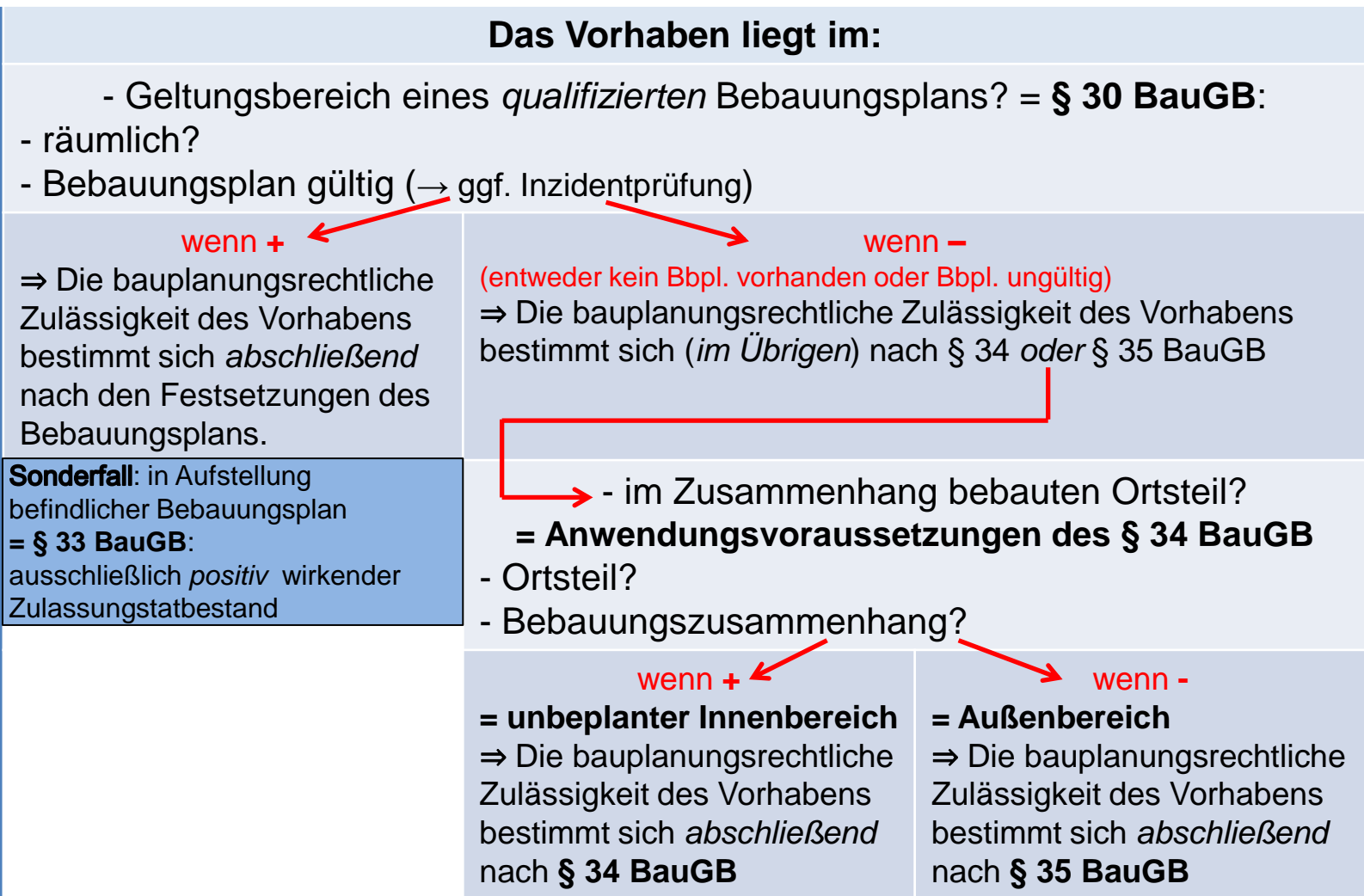


# 16. Überblick über die Zulassungstatbestände

## 1. Vorhaben:

- bauliche Anlage mit bodenrechtlicher Relevanz (= Objekt) [→ s. Folie Nr. 17]
- Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung (= dynamische Veränderung)

## 2. Auswahl des Zulassungstatbestands:



# 17. Vorhaben: Bauliche Anlage: § 2 SächsBO ↔ § 29 BauGB

## Bauliche Anlage

Bauliche Anlagen i.S.d.  
§ 2 Abs. 1 SächsBO  
*ohne* bodenrechtliche  
Relevanz  
z.B. Fliegende Bauten  
§ 76 SächsBO  
⇒ **Anlage *ohne* Vorhabenqualität i.S.d.  
§ 29 BauGB**

Bauliche Anlage i.S.d. § 2 Abs. 1 SächsBO  
mit *bodenrechtlicher Relevanz*  
z.B. Gebäude, auch großflächige Werbeanlagen,  
Wohnboot, periodisch aufzustellende Traglufthalle  
⇒ **Anlage mit Vorhabenqualität  
i.S.d. § 29 BauGB**

# 18. Grundstruktur des § 35 BauGB

1. Privilegierung:

**Privilegiertes Vorhaben?**  
→ Subsumtion unter § 35 Abs.1 Nr. 1 – 8 BauGB möglich?

+	-
= privilegiertes Vorhaben	= sonstiges Vorhaben

2. Öffentliche Belange i.S.d. § 35 Abs. 3 ...

... stehen entgegen? (§ 35 Abs. 1 BauGB) → Gewicht öffentlicher Belange > kraft gesetzlicher Privilegierung gesteigertes Privatinteresse?	... werden beeinträchtigt? (§ 35 Abs. 2 BauGB) → Gewichtiger öffentlicher Belang setzt sich durch.
--	---




= **nachvollziehende Abwägung** (= Gewichtungsvergleich der Belange für und gegen das Vorhaben) im Rahmen der *Rechtsanwendung*, die voller gerichtlicher Kontrolle unterliegt (= *keine rechtsgestaltende Abwägung* gem. § 1 Abs. 7 BauGB im Rahmen der *Rechtsetzung*)



Öffentliche Belange gem. § 35 Abs. 3 BauGB	Nr. 1	Widerspruch zu Darstellung im FNP	= teilprivilegierungsfähig nach Abs. 4
	Nr. 3	Schädliche Umwelteinwirkungen	
	Nr. 4	unwirtschaftlicher Erschließungsaufwand	
	Nr. 5	Ökologie, Bodenschutz, ..., Beeinträchtigung natürlicher Eigenart der Landschaft	= teilprivilegierungsfähig nach Abs. 4
	Nr. 7	Splittersiedlung	= teilprivilegierungsfähig nach Abs. 4
	<b>Satz 2 und 3</b>	Ziele der Raumordnung: insbes. <b>Konzentrationszonen</b> im Regionalplan oder FNP <i>setzen sich durch</i>	

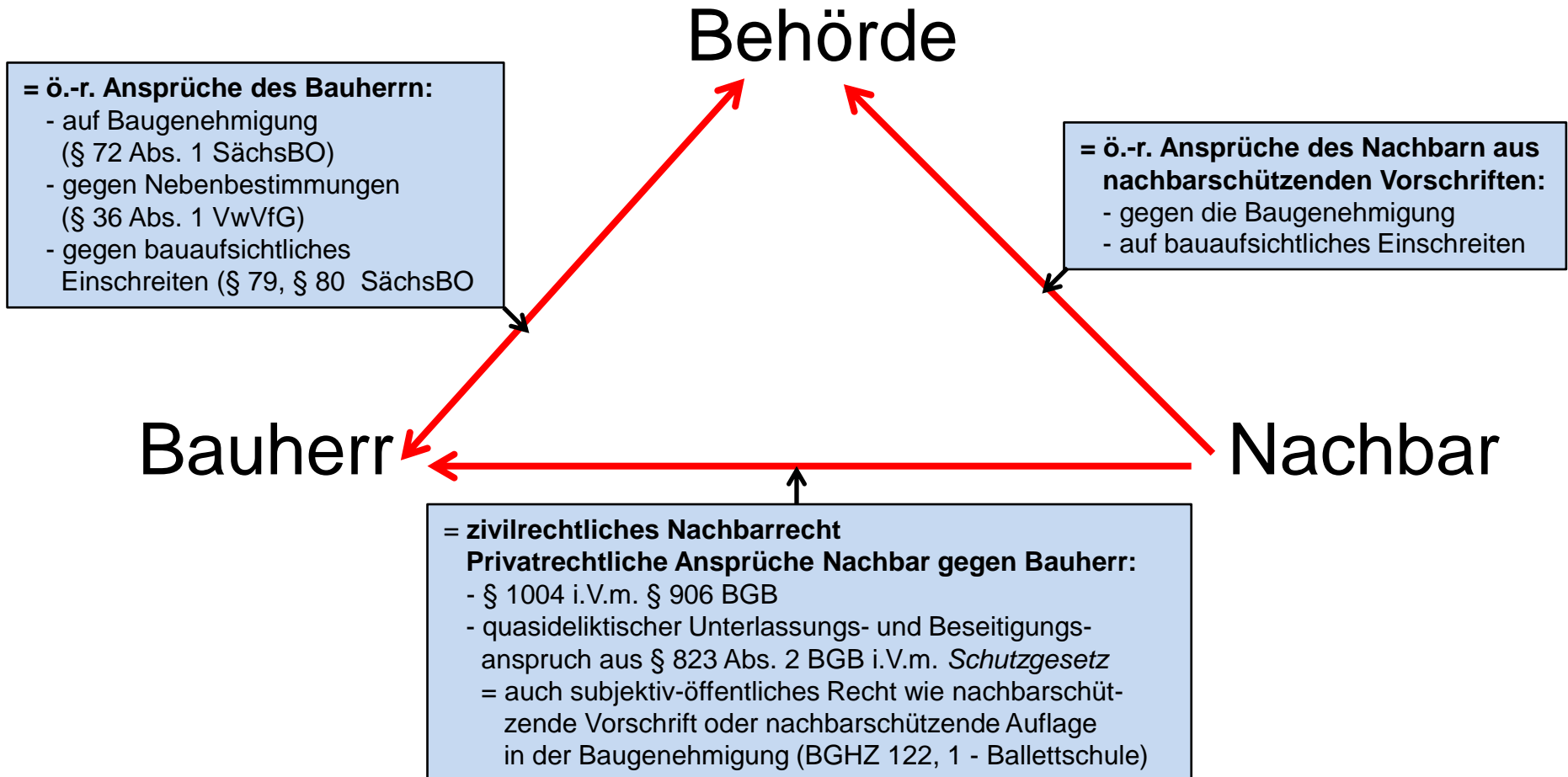
# 19. Nachbarschutz I

## Unterscheidung Norminhalt und Normqualität

		§	
		←	→
		<b>Norminhalt</b>	<b>Normqualität</b>
<b>Definition:</b>	= Steuerungsprogramm für Verwaltungshandeln		= Frage nach der Durchsetzbarkeit des Norminhalts für Dritte: → ist die Norm nur <i>objektives</i> Recht (= im Allgemeininteresse) oder enthält sie darüber hinaus auch ein <i>subjektives</i> Recht (= vom Normgeber auch im Individualinteresse erlassen)?
<b>§ 113 Abs. 1 VwGO:</b>	„Soweit der Verwaltungsakt rechtswidrig ...“ = <b>objektive Rechtsprüfung</b>		„... und der Kläger dadurch in seinen Rechten verletzt ist, ...“ = <b>Frage der subjektiven Rechtsverletzung</b>
<b>Ermittlung:</b>	Norminhalt ergibt sich durch Auslegung (sprachlich, systematisch, historisch, teleologisch)		Normqualität ergibt sich auch durch Auslegung: Herausarbeitung des <b>Schutzzwecks</b> bzw. der <b>Schutzrichtung</b> der Norm: → lässt sich aus individualisierenden Tatbestandsmerkmalen der Norm einen Personenkreis entnehmen, der sich von der Allgemeinheit unterscheidet („Nachbar“)? (BVerwGE 94, 151 <158>)
<b>Folgen:</b>	⇒ <b>Verwaltungshandeln ist</b>		<b>Wenn die Norm ein subjektives Recht enthält:</b> ⇒ <b>Berechtigter Dritter (z.B. Nachbar) kann den Rechtsakt zur gerichtlichen Prüfung stellen (§ 42 Abs. 2 VwGO)</b>
	<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="text-align: center;">  <p><b>rechtmäßig</b></p> </div> <div style="text-align: center;">  <p><b>rechtswidrig</b></p> </div> </div>		<b>Dritter wird durch das rechtswidrige Verwaltungshandeln in seinem subjektiven Recht verletzt und hat daraus ein Abwehrrecht</b>

# 20. Nachbarschutz II

## Rechtsverhältnisse im Dreieck des Nachbarrechts



# 21. Nachbarschutz III

## Nachbarschutz im Bauplanungsrecht

	§ 30 BauGB	§ 34 BauGB		§ 35 BauGB
		Abs. 2	Abs. 1	
Art der baulichen Nutzung	<p><b>15 BauNVO</b> (ist auch im Rahmen des § 34 Abs. 2 BauGB anwendbar: BVerwGE 109, 314 &lt;318&gt;)            = konkret-partieller Nachbarschutz durch <i>Gebot der Rücksichtnahme</i> im Einzelfall</p>	<p>Im <b>Einfügen</b> ist das <i>Gebot der Rücksichtnahme</i> verankert</p>	<p><i>Gebot der Rücksichtnahme</i> (über § 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB: <b>Schädliche Umwelteinwirkung</b> i.S.d. § 3 Abs. 1 BImSchG)</p>	
	<p><b>Bei Verstoß gegen Baugebietstyp:</b>            = <i>absoluter</i> Gebietsschutz, abstrakt-generell aus z.B. § 4 BauNVO auch ohne konkrete Beeinträchtigung (BVerwGE 94, 151; 101, 364)</p>			
Maß: Bauweise Überbau- bare Grund- stücksfläche	<p>1. Bebauungsplan auslegen, ob die verletzte Festsetzung drittschützend ist.            Wenn das nicht der Fall ist:</p>			
	<p>2. <i>Gebot der Rücksichtnahme</i>            = konkret-partieller Nachbarschutz abhängig vom Ausmaß der Beeinträchtigung im Einzelfall</p>			